Landesamt für Natur, Stand: August 2022

Umwelt und Verbraucherschutz

Nordrhein-Westfalen

Dieses Dokument stellt eine Ausfüllhilfe zur Bearbeitung eines Förderantrags im Rahmen der RL KliWaVo in Kommunen dar.

Fachbereich 17

40208 Düsseldorf

# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

(Projektförderung)

gemäß

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Klimawandelvorsorge in Kommunen

(RL KliWaVo)[[1]](#footnote-1)[[2]](#footnote-2)

|  |
| --- |
| 1. **Antragstellerin / Antragsteller**
 |
| 1.1 Name / Bezeichnung |  |
| 1.2 Anschrift | Straße / PLZ, Ort      |
| 1.3 vertreten durch | Name(n), Vorname(n), Funktion     Tel.:       Fax:      E-Mail:       |
| 1.4 Auskunft erteilt | Name / Tel. (Durchwahl) / E-Mail / Fax /      Tel.:       Fax:      E-Mail:       |
| 1.5 Bankverbindung | IBAN: DE       |
| BIC:       |
| Bezeichnung des Kreditinstituts      |
| 1.6 Antragsteller/in |  |
| 1.7 Gemeindekennziffer |  |
| 1.8 Landesplanerische Kennzeichnung |  |

|  |
| --- |
| 1. **Maßnahme**
 |
| 2.1 Bezeichnung(kurze, eindeutige Bezeichnung derbeabsichtigten Maßnahme) |  |
| 2.2 Gegenstand der Förderung | [ ]  Dach- und Fassadenbegrünung (Nr. 2.1 RL KliWaVo)[ ]  Klimaresiliente Schulen und Kitas: „Coole“ Schul- und Kitahöfe (Nr. 2.2 RL KliWaVo)[ ]  Hitzeaktionspläne als Modellprojekte (Nr. 2.3 RL KliWaVo) |
| 2.3 Durchführungszeitraum[[3]](#footnote-3) | Beginn des Vorhabens: | Ende des Vorhabens: |
| Zwingend ein Datum erforderlich, mit dem das Datum Projekt gestartet werden soll  | Zwingend ein Datum erforderlich, mit dem das Datum Projekt endet  |
| (Tag / Monat / Jahr) | (Tag / Monat / Jahr) |
| 2.4 Durchführungsort |  |

|  |
| --- |
| 1. **Finanzierungsplan**
 |
|  | Gesamt | (auszufüllen, wenn sich die Maßnahme über mehrere Jahre erstreckt)Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit(Kassenwirksamkeit) |
| 2022 | 20231. Folgejahr€ |
| Jahr der Antragstellung |
| € | € |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 3.1 Gesamtkosten(lt. beil. Kostenvoranschlag/Kostengliederung) | Alle Kosten, die im Zusammenhang mit der Ausführung des Projektes entstehen | Übertragung der Kosten des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen  | Übertragung der Kosten des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen (auch wenn 100% auf das Jahr entfallen) |
| 3.2 davon grundsätzlichzuwendungsfähige Ausgaben[[4]](#footnote-4) | Alle Ausgaben, die durch das Projekt entstehen und die als Zuwendungsfähig gelten | Übertragung der Ausgaben des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen  | Übertragung der Ausgaben des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen (auch wenn 100% auf das Jahr entfallen) |
| 3.3 abzüglich Leistungen Dritter |       |       |       |
| (ohne öffentliche Förderung) |
| 3.4 zuwendungsfähigeGesamtausgaben | 3.2 – 3.3 | Übertragung der Ausgaben des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen  | Übertragung der Ausgaben des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen (auch wenn 100% auf das Jahr entfallen) |
| 3.5 beantragte Förderung (Nr. 4) | Bei 100% Förderung = 3.4, ansonten der Anteil von 3.4 (50%) | Übertragung der Ausgaben des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen | Übertragung der Ausgaben des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen (auch wenn 100% auf das Jahr entfallen) |
| 3.6 beantragte / bewilligte öffent-liche Förderung (ohne 3.5) durch:.................................................... |       |       |       |
| 3.7 Eigenanteil | Bei der Weiterleitung an dritte ist hier der Eigenanteil des Weiterleitungspartners anzugeben  | Übertragung der Ausgaben des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen | Übertragung der Ausgaben des Gesamtbetrages, die auf das Jahr entfallen (auch wenn 100% auf das Jahr entfallen) |

|  |
| --- |
| 1. **Beantragte Förderung**

Bitte die Kostenarten einzeln aufzählen (z.B. Sachausgaben, Investitionen, Fremdleistungen). Bitte jeweils den Eigenanteil angeben. |
| Zuwendungsbereich / Kostenpositionen | zuwendungs-fähige Ausgaben€ | Zuweisung€ | v. H.von Spalte 2 |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| Sachausgaben (Zusammenfassung der Summen aus Anlage 7b) |       |       |       |
| Investitionen (Zusammenfassung der Summen aus Anlage 7b) |       |       |       |
| Fremdleistungen (Zusammenfassung der Summen aus Anlage 7b) |       |       |       |

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
|       |       |       |       |
| **Summe Gesamtausgaben:** |  |  |  |

|  |
| --- |
| 1. **Begründung**
 |
| * 1. Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a.: Ziel, Konzeption, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen, Raumbedarf, Standort)
 |
| Siehe Hinweise in Klammern. Die Projektbeschreibung ist in einem gesonderten Dokument (formlos) einzureichen. |
| 5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenanteil, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten) |
|       |

|  |
| --- |
| 1. **Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen**
 |
| Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin / für den Antragsteller (z. B. Pflegekosten), die Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw. |
|       |

|  |
| --- |
| **7. Anlagen** |
| [ ]  a) Projektbeschreibung (siehe Hinweisblatt zur Projektbeschreibung)  Darstellung der Projektziele und des Arbeitsplans. Geförderte Vorhaben müssen einen Beitrag zur Klimawandelvorsorge leisten. Bei der Antragstellung ist daher die mögliche Betroffenheit durch den Klimawandel mithilfe von Nachweisen oder Erläuterungen darzustellen. Kein gesondertes Formblatt, kann formlos erfolgen. Ein Verweis auf die Begründung ist jedoch nicht ausreichend, es muss eine klare Beschreibung des Projektes erfolgen. [ ]  b) Kostenplan (siehe „Anlage zu Ziffer 7 b des Antrags“) ist als gesondertes Dokument zu downloaden und auszufüllen[ ]  c) Vertretungsberechtigung ist am Ende des Antragformulars zu finden(siehe „Anlage zu Ziffer 7 c des Antrags“, sofern Angaben in Ziffer 1.3 und 1.4 voneinander abweichen bzw. zusätzliche Personen mit der Wahrnehmung von Angelegenheiten des Fördervorhabens beauftragt sind) |
| [ ]  d) Erklärung über erhaltene „De-minimis“-Beihilfen“ (siehe „Anlage zu Ziffer 7 d des Antrags“) ist am Ende des Antragformulars zu finden[ ]  e) Nachweis, dass die Finanzierung durch die Eigenmittel gesichert ist (bei Gemeinden: Erklärung des Kämmerers zur Einplanung des Eigenanteils) – Bei 100% Finanzierung nicht notwendig. Bei Weiterleitung nur, wenn Weiterleitungspartner bekannt ist. Soweit zutreffend: |
| [ ]  e) Bau- und / oder Raumprogramm |
| [ ]  f) vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan |
| [ ]  g) Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart sowie der Beschaffenheit des Baugrundes |
| [ ]  h) öffentlich-rechtliche und privaten Genehmigungen, die zur Durchführung des Vorhabens erforderlich sind |
| [ ]  i) Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens |
| [ ]  j) Bauzeitplan |
|  |
| [ ]  k) Antrag auf Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn mit Begründung (siehe „Anlage zu Ziffer 7 k des Antrags“) ist am Ende des Antragformulars zu finden |
| [ ]  l) weitere Anlagen:*
*
 |

|  |
| --- |
| 1. **Erklärungen**
 |
| Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, dass |
| 8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. |
| 8.2 die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns beantragt wird. [ ]  ja [ ]  nein(Wenn ja, ist das Ausfüllen der Anlage 7 k zu diesem Antrag zwingend erforderlich.) |
| 8.3 sie / er zum Vorsteuerabzug [ ]  nicht berechtigt ist.[ ]  berechtigt ist; und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.1) berücksichtigt hat(Preise ohne Umsatzsteuer). |
| 8.4 der Antragsvordruck nicht verändert wurde und die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind. |
| 8.5 alle Erkenntnisse und Ergebnisse, die ihr / ihm aus der Durchführung des Vorhabens erwachsen, dem LANUV verfügbar gemacht werden und sowohl das Land NRW als auch sie / er selbst zur Verbreitung der Projektergebnisse an die Allgemeinheit berechtigt ist. |
| 8.6 der Gegenstand nicht bereits gefördert worden ist und eine Förderung nicht nach anderen Bestimmungen erfolgt. |
| 8.7 sie / er ein Haushaltssicherungskonzept nach § 75 Abs. 4 der Gemeindeordnung NRW zu beachten hat[ ]  ja [ ]  nein8.8 sie die Gewähr dafür bietet, dass sie zur Durchführung des Projekts in der Lage ist und die kommunalen Eigenleistungen sichergestellt sind und personelle Ressourcen für die Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. |
| 8.9 eine Weiterleitung beantragt wird[ ]  ja [ ]  nein* + 1. Weiterleitungsempfängerin (falls bereits bekannt):

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_8.9.2 die Weiterleitungsempfängerin / der Weiterleitungsempfänger zum Vorsteuerabzug Wenn der/die Weiterleitungspartner noch unbekannt ist/sind, oder die Weiterleitungspartner zum Teil berechtigt sind, ist hier kein Kreuz zu setzen[ ]  nicht berechtigt ist.[ ]  berechtigt ist; und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.1) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).* + 1. Höhe der angegebenen Ausgaben, die auf die Weiterleitungsempfängerin entfallen (EUR):

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_* + 1. Höhe der angegebenen Einnahmen, die auf die Weiterleitungsempfängerin entfallen (EUR):

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_8.10 sie / er damit einverstanden ist, dass ihre / seine Angaben zum Zwecke der Auftragsverarbeitung und Projektverwaltung im automatisierten Verfahren im LANUV gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.Wird die Einwilligung verweigert, so steht dies dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen. Ein Widerruf der Einwilligung kann zur Aufhebung des begehrten Rechtsverhältnisses führen.  |
| 8.11 ihr / ihm bekannt ist, dass die zuständigen Stellen grundsätzlich verpflichtet sind, der Antragstellerin / dem Antragsteller auf Antrag Auskunft über die zur Person verarbeiteten Daten, den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung, die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen sowie die allgemeinen technischen Bedingungen der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten zu geben. Grundsätzlich ist eine Auskunftsverweigerung zu begründen. Werden Auskunft und Einsichtnahme nicht gewährt, kann sich die Antragstellerin / der Antragsteller an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden. Die Einzelheiten des Datenschutzes ergeben sich aus dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW) in der jeweils geltenden Fassung (SGV.NRW.20061). |
| 8.12 ihr / ihm bekannt ist, dass von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können. |
| 8.13 ihr / ihm bekannt ist, dass die Zuwendungen, insbesondere bei Nichteinhaltung der übernommenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, zurückgefordert werden können. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 5 v. H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verzinsen. |
| 8.14 ihr / ihm der Inhalt der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Klimawandelvorsorge in Kommunen bekannt ist und dieser Antrag unter Berücksichtigung derselbigen gestellt wird. |
| 8.15 ihr / ihm bekannt ist, dass* alle Angaben im Antrag einschließlich mit Antragstellung vorgelegter und nachgereichter Antragsunterlagen) subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) in der jeweils geltenden Fassung sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) in der jeweils geltenden Fassung sind, das heißt, unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen.
* sie / er verpflichtet ist, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.
 |

|  |
| --- |
| **Ich / wir versichere / n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne / n die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen für mich / uns als verbindlich an.** |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Ort, Datum** |  | **Rechtsverbindliche Unterschrift(en)** |
|       |  | (Name(n) / Funktion) |

**Anlage zu Ziffer 7 c des Antrags**

**Vertretungsberechtigung**

Hiermit erkläre ich, die Antragstellerin / der Antragsteller, dass für folgenden Beschäftigten / Personen

|  |  |
| --- | --- |
| Name (Druckbuchstaben) | Unterschriften (Original) der / des Vertretungsberechtigten  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |

eine rechtliche **Vollmacht** zur Vertretung in Angelegenheiten des Fördervorhabens

|  |
| --- |
| Kurzbezeichnung gem. Ziffer 2.1 des Antrags |
|       |

mit Antragstellung vom

|  |
| --- |
|       |

eingeräumt ist.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|       |  |  |
| Ort, Datum |  | Rechtsverbindliche Unterschrift(en) |

**Anlage zu Ziffer 7 d des Antrags**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Landesamt für Natur,****Umwelt und Verbraucherschutz****Nordrhein-Westfalen****- Fachbereich 17 -** |  | **Erklärung über erhaltenen „De-minimis“-Beihilfen** |
| Anlagen zum Antrag vom       |
|  |
| Antragsteller / in |
|  |
|  |
| Maßnahme |
|  |

Hiermit bestätige ich, dass ich und die mit mir

[ ]  i. S. d. Art. 2 Abs. 2 der VO (EG) Nr. 1407/2013 [[5]](#footnote-5)[1]

[ ]  i. S. d. Art. 1 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1408/2013 [[6]](#footnote-6)[2]

verflochtenen Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren,

**[ ]** De-minimis Beihilfen im Sinne der [ ]  VO (EG) Nr. 1407/2013 [ ]  VO (EU) Nr. 1408/2013 wie folgt erhalten bzw. beantragt habe/n:

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Datum Bewilligungsbescheid | Zuwendungsgeber | Az. | Förder-summe€ | Subventions-wert€ | DAWI-De-Minimis [[7]](#footnote-7)[3] |
|       |       |       |       |       | [ ]  ja | [ ]  nein |
|       |       |       |       |       | [ ]  ja | [ ]  nein |
|       |       |       |       |       | [ ]  ja | [ ]  nein |
|       |       |       |       |       | [ ]  ja | [ ]  nein |

[ ]  keine De-minimis Beihilfen erhalten bzw. beantragt habe/n.

Mir/uns ist bekannt, dass diese Angaben subventionserheblich sind im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz NRW).

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | Rechtsverbindliche Unterschrift(en) |

**Anlage zu Ziffer 7 k des Antrags**

**Antrag auf Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns**

Antragsteller:

Projektbezeichnung:

|  |
| --- |
| Zu meinem / unserem Antrag vom       beantrage(n) ich / wir bereits mit dem Vorhaben vor der Bewilligung (Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides) beginnen zu dürfen. |
| Die Notwendigkeit des vorzeitigen Maßnahmebeginns wird wie folgt begründet: |
|       |
| Mir / uns ist bekannt, dass Ihre Erteilung (Zustimmung) des vorzeitigen Maßnahmebeginns keinen Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung begründet und ich / wir das volle Finanzrisiko trage(n). |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | Rechtsverbindliche Unterschrift(en) |

1. Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – VIII-2-61.19.02 – vom 21. Juni 2022. [↑](#footnote-ref-1)
2. Anträge sind bis zum 30. April 2023 einzureichen. [↑](#footnote-ref-2)
3. Der Durchführungszeitraum für Vorhaben endet spätestens am 30. September 2023. [↑](#footnote-ref-3)
4. Eine Zuwendung nach den Nr. 5.5 i. V. m. 2.1 und 2.2 RL KliWaVo wird nur gewährt, wenn die Höhe im Einzelfall mehr als 50 T€ pro Antrag beträgt. Eine Zuwendung nach den Nr. 5.5 i. V. m. 2.3 RL KliWaVo wird nur gewährt, wenn die Höhe im Einzelfall mehr als 20 T€ pro Antrag beträgt. [↑](#footnote-ref-4)
5. [1] Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf *De-minimis*-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 352 vom 24.12.2013 (VO gilt bis zum 31. Dezember 2023). [↑](#footnote-ref-5)
6. [2] Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis- Beihilfen im Agrarsektor – im Folgenden Agrar-De-minimis-Beihilfen genannt, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 352 vom 24.12.2013 (VO gilt bis zum 31. Dezember 2027)

Gilt für Unternehmen, die sowohl in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als auch in einem oder mehreren der unter die VO (EU) Nr. 1407/2013 fallenden Bereiche tätig sind. [↑](#footnote-ref-6)
7. [3] Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „*De-minimis*-Beihilfen“ an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 114 vom 26.04.2012 (VO gilt bis zum 31. Dezember 2023) [↑](#footnote-ref-7)